

LANDGERICHT FRANKFURT AM MAIN

Geschäftsnr.: 2-06 O 229/09

Lt. Protokoll
verkündet am 24.02.2010

JAe [REDACTED]
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle



Urteil

Im Namen des Volkes

In dem Rechtsstreit

[REDACTED] GmbH & Co.KG, vertr. durch die Geschäftsführer Herrn [REDACTED]
und Herrn [REDACTED],

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt Dr. jur. Hajo Rauschhofer,
Richard-Wagner-Str. 1, 65193 Wiesbaden,
Gz.: 24/09R02

gegen

[REDACTED] GmbH & Co.KG, vertr. durch den Geschäftsführer
Herrn M [REDACTED]

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

hat das Landgericht Frankfurt, 6. Zivilkammer, durch Vorsitzenden Richter am Landgericht R., Richter am Landgericht Dr. F. und Richter am Landgericht Dr. H. aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 20.01.2010 für R e c h t e rkannt:

- 1.) Das Versäumnisurteil der Kammer vom 21.10.2009, Az. 2-06 O 229/09 wird bestätigt.
- 2.) Im übrigen wird die Klage abgewiesen.
- 3.) Die Beklagte trägt die weiteren Kosten des Rechtsstreits.
- 4.) Das Urteil ist für die Klägerin gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar. Die Vollstreckung aus dem Versäumnisurteil darf nur gegen Leistung der Sicherheit fortgesetzt werden. Für die Beklagte ist das Urteil vorläufig vollstreckbar. Die Klägerin kann die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte zuvor Sicherheit in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.
- 5.) Die Berufung wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Die Parteien streiten um Abmahnkosten aus einer markenrechtlichen Abmahnung der Klägerin.

Die Klägerin betreibt unter www.██████████ ein Internetportal zum Thema Internet und bietet dort auch Beratungs- und Entwicklungsleistungen an. Die Beklagte betreibt unter www.██████████ ebenfalls ein Internetportal und bietet regionale und produktspezifische Suchlösungen im Internet an; weiterhin betreibt sie unter www.██████████ ein Internet-Forum.

Die Klägerin ist Inhaberin der deutschen Wort- (Register-Nr. 30200██████████) und Wort-/Bildmarke (Register-Nr. 30200██████████) „██████████“, jeweils u.a. eingetragen für Werbung, Marketing, Präsentation von Unternehmen und deren Produkten und Dienstleistungen auch im Internet, Vermietung von Werbeflächen im Internet, Systematisierung von Daten in Computerdatenbanken (Klasse 35) sowie Bereitstellung von Internetforen, Telekommunikation mittels Plattformen und Portalen im Internet (Klasse 38); sie betreibt darüber hinaus seit 2002 das Portal „██████████“, das sich an Internetnutzer im Raum ██████████ wendet.

Die Beklagte ist Inhaberin der Domains www.██████████ sowie „██████████“; darüber hinaus meldete sie die Marke „██████████“ zur Eintragung an.

Wegen dieses Vorgangs ließ die Klägerin die Beklagte mit Schreiben vom 27.02.2009 per Telefax abmahnen (Anlage K 1), wobei die Bevollmächtigung durch die Klägerin einerseits anwaltlich versichert wurde, andererseits eine Kopie einer unterschriebenen Vollmacht des Geschäftsführers der Klägerin beigelegt war (Anlage K 2). Mit Schreiben vom 19.03.2009 gab die Beklagte eine Unterlassungserklärung ab.

Die Klägerin macht nunmehr Abmahnkosten in Höhe einer 1,5 Gebühr aus einem Streitwert von 50.000 € geltend; im Termin vom 21.10.09 hatte sie die Klage insoweit zurückgenommen, als diese einen Betrag in Höhe von 1379,80 € (dies entspricht den Abmahnkosten auf Grundlage einer 1,3-Gebühr) übersteigt. Durch Versäumnisurteil vom 21.10.2009, das am 03.11.2009 zugestellt wurde, hat die Kammer die Beklagte verurteilt, an den Kläger 1379,80 € nebst Zinsen in Höhe von 5 % über dem Basis-

zinssatz seit 09.03.2009 zu zahlen. Hiergegen hat die Beklagte am 05.11.2009 Einspruch eingelegt.

Die Klägerin **beantragt**,

das Versäumnisurteil vom 21.10.2009 zu bestätigen und die Beklagte insgesamt zu verurteilen, an die Klägerin € 1.589,- nebst Zinsen in Höhe von 5 %Punkten über dem Basiszinssatz der EZB seit dem 09.03.2009 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

das Versäumnisurteil aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Sie rügt die örtliche Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt und hält das Vorgehen der Klägerin im Hinblick auf die Wahl des angerufenen Gerichts für rechtsmissbräuchlich. Die Abmahnung sei im Übrigen unwirksam gewesen, da keine Originalvollmacht vorgelegt worden sei. Schließlich sieht die Beklagte aufgrund der Domain www.██████████ bei sich ältere Rechte und ist der Ansicht, eine Verletzung der Marke der Klägerin liege deshalb nicht vor.

Zur Vervollständigung des Tatbestandes wird auf sämtliche zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 20.01.10 Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Der Einspruch ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht eingelegt worden.

In der Sache hat er jedoch keinen Erfolg. Die Klägerin hat einen Anspruch auf Ersatz der Abmahnkosten wegen der berechtigten Abmahnung vom 27.02.2009 aus § 14 Abs. 5 MarkenG, der allerdings auf die tenorierte Höhe beschränkt ist.

I.

Die örtliche Zuständigkeit des Landgerichts Frankfurt am Main ergibt sich aus § 32 ZPO. Die Zuständigkeit des § 32 ZPO ist umfassend und erfasst damit auch Schadensersatzansprüche wie den hier in Rede stehenden Anspruch auf Ersatz der Abmahnkosten (Zöller-Vollkommer, ZPO, 27. Aufl., § 32, Rnr. 14). Entscheidend ist daher, dass hinsichtlich des zugrundeliegenden behaupteten Markenrechtsverstoßes eine Zuständigkeit nach § 32 ZPO begründet war, da zumindest der Erfolgsort als der Ort, an dem der Eingriff in das geschützte Rechtsgut erfolgte, (auch) im Zuständigkeitsbereich des Landgericht Frankfurt lag.

II.

Anhaltspunkte für ein rechtsmissbräuchliches Verhalten der Klägerin kann die Kammer nicht erkennen. Die von der Beklagten hierzu angeführten Indizien begründen weder für sich genommen noch in ihrer Gesamtschau ein rechtsmissbräuchliches Verhalten.

Insbesondere sind keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass die Wahl des Gerichtsortes rechtsmissbräuchlich sein könnte. Forum Shopping, d.h. die Wahl eines Gerichtsstands unter mehreren eröffneten Gerichtsständen, etwa dem allgemeinen Gerichtsstand des Beklagten (§§ 12 ff. ZPO) und besonderen Gerichtsständen wie dem Gerichtsstand der unerlaubten Handlung (§ 32 ZPO), ist grundsätzlich zulässig und hat eine gesetzliche Grundlage in § 35 ZPO. Ein Verstoß gegen das prozessuale Willkürverbot kommt daher nur ausnahmsweise in Betracht. Für einen ausnahmsweise anzunehmenden Rechtsmissbrauch liegen keine Anhaltspunkte vor. Weder handelt es sich um einen Fall einer Massenabmahnung, noch hat die Klägerin ein möglichst weit vom Sitz des Beklagten gelegenes Gericht ausgewählt, um dem Beklagten die Rechtsverfolgung zu erschweren.

Auch die Tatsache, dass im Verfügungsverfahren und im Hauptsacheverfahren die Kammer den Streitwert anders bewertet hat als die Klägerin, kann nicht zu einem Rechtsmissbrauch führen. Im Rahmen der Festsetzung des Streitwertes, der vom

Gericht zu schätzen ist, kommen Abweichungen zwischen den Angaben der Parteien und der Schätzung durch das Gericht regelmäßig vor.

III.

Die Klägerin hat gegen die Beklagte einen Anspruch auf Ersatz der Abmahnkosten aus § 14 Abs. 6 MarkenG.

- 1.) Die Abmahnung der Klägerin vom 27.02.2009 war wirksam, insbesondere steht der Wirksamkeit nicht entgegen, dass der Antragstellervertreter keine Vollmacht vorgelegt hat. Die Vorlage einer Vollmacht ist bei einer markenrechtlichen Abmahnung nicht erforderlich, da die Vorschrift des § 174 BGB in diesen Fällen nicht anwendbar ist. Der direkten Anwendung des § 174 BGB steht entgegen, dass diese Vorschrift sich auf einseitige Rechtsgeschäfte bezieht und die Abmahnung kein einseitiges Rechtsgeschäft ist.

Eine analoge Anwendung dieser Vorschrift auf die Abmahnung ist in Literatur und Rechtsprechung umstritten (vgl. die ausführlichen Nachweise bei OLG Düsseldorf, OLG Report 2000, 57, 58). Die Kammer ist mit der herrschenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung der Auffassung, dass eine analoge Anwendung ausscheidet (OLG Frankfurt, Beschluss vom 26.07.2001, 6 W 132/01; Teplitzky, Wettbewerbsrechtliche Ansprüche und Verfahren, 41.Kap, Rnr. 6 f.; Hefermehl/Köhler/Bornkamm, UWG, 27. Aufl. 2009, § 12, Rnr. 1.25 ff.) Bei der Frage, wie die Abmahnung rechtlich zu behandeln ist, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass es sich hierbei um eine von der Rechtsprechung entwickelte Maßnahme handelt, um im öffentlichen Interesse eine Flut von Prozessen zu vermeiden. Sie ist dem anspruchsberechtigten Verletzten durch die Rechtsprechung zu § 93 ZPO aufgezwungen worden und belastet ihn einseitig zugunsten des Verletzers. Sein Unterlassungsanspruch wird durch eine unterlassene Abmahnung nicht tangiert, seine Klage oder sein Eilantrag wird dadurch nicht unzulässig oder unbegründet (vgl. Teplitzky, Wettbewerbsrechtliche Ansprüche, 7. Aufl., Kap. 41 Rdn. 2, 5, 7). Hinsichtlich dieser - rein prozessuale Folgen betreffenden - Funktion der Abmahnung, bei der es letzten Endes bei Abgabe der Unterlassungserklärung nach Einleitung ei-

nes gerichtlichen Verfahrens nur noch um die Kostentragungspflicht, d.h. die Anwendbarkeit des § 93 ZPO zugunsten des Verletzers geht, liegt lediglich ein Realakt vor, keine rechtsgeschäftliche oder rechtsgeschäftsähnliche Handlung (OLG Frankfurt aaO).

Auch nach Sinn und Zweck der Abmahnung scheidet eine Analogie zu § 174 BGB aus. Den prozessvermeidenden Zweck der Abmahnung, den Verletzer auf eine drohende Klage hinzuweisen und ihm die Möglichkeit der Unterwerfung zu geben (Warnfunktion), erfüllt auch eine Abmahnung, für die eine Vollmacht nicht nachgewiesen ist (vgl. Teplitzky a.a.O. Rdn. 5). Darüber hinaus würde die Anwendbarkeit des § 174 BGB zu Verzögerungen führen, die es dem Verletzer erlaubten, sein rechtswidriges Tun noch eine Weile fortzusetzen, um so noch länger von seinem Rechtsbruch profitieren zu können. Schließlich darf bei der Frage der analogen Anwendung nicht außer Betracht bleiben, dass es sich bei § 174 BGB um eine Ausnahmvorschrift handelt, die die grundsätzlich mögliche formlose Vollmachtserteilung gegenüber dem Vertreter einschränkt (§ 167 BGB). Der analogen Anwendung von Ausnahmvorschriften sind enge Grenzen gesetzt. Sie ist nur ausnahmsweise dann möglich, wenn der analoge Sachverhalt in seinem Ausnahmecharakter mit dem gesetzlich geregelten Sachverhalt übereinstimmt. Das ist bezüglich des einseitigen Rechtsgeschäfts und der wettbewerbsrechtlichen Abmahnung nicht der Fall, da letztere nicht unmittelbar rechtsgestaltend wirkt, sondern nur Warnfunktion mit prozessualen Kostenfolgen hat (OLG Frankfurt aaO).

2.) Die Beklagte hat durch die Anmeldung der Marke „**[REDACTED]**“ sowie die Registrierung der Domains „**[REDACTED]**“ sowie „**[REDACTED]**“ das Markenrecht der Klägerin verletzt; sie war daher aus § 14 Abs. 5 MarkenG zur Unterlassung verpflichtet.

Zwischen der Wortmarke „**[REDACTED]**“ der Klägerin und der Tätigkeit der Beklagten unter der Bezeichnung „**[REDACTED]**“ bzw. „**[REDACTED]**“ besteht Verwechslungsgefahr. Die Marke ist u.a. eingetragen für die Dienstleistungen „Bereitstellung von Internetforen, Telekommunikation mittels Plattformen und Portalen im Internet“ (Klasse 38); die Beklagte betreibt unter der Domain

██████████ bzw. ██████████ durch eine Weiterleitung auf die Domain w██████████ eine Community für an ██████████ interessierte Personen. Diese können sich dort einloggen, Chats durchführen und Anzeigen und Ankündigungen lesen. Daher besteht Dienstleistungsähnlichkeit.

Die Marke der Klägerin hat zumindest durchschnittliche Kennzeichnungskraft. Dem steht auch nicht entgegen, dass „██████“ das Autokennzeichen für ██████████ ist. In der Zusammenstellung mit dem Zusatz „Comunity“ ist das Zeichen hinreichend unterscheidungskräftig. Von einer „Gattungsdomain“ kann entgegen der Ansicht der Beklagten daher hier keine Rede sein.

Schließlich besteht auch eine starke Zeichenähnlichkeit. Das Zeichen der Beklagten unterscheidet sich von dem markenrechtlich geschützten Zeichen der Klägerin lediglich dadurch, dass das Wort „community“ fehlerhaft nur mit einem „m“ geschrieben wird bzw. dass ein Bindestrich aufgenommen wird. Da der Verkehr maßgeblich auf die phonetische Wirkung der Zeichen achtet, sind schon aus diesem Grunde und in Anbetracht der Dienstleistungsidentität und der mittleren Kennzeichnungskraft die geringen Unterscheidungen nicht geeignet, eine Verwechslungsgefahr auszuschließen

Im Hinblick auf die eingetragene Marke gilt das Gesagte. Durch die Markenmeldung besteht die Vermutung einer generellen Benutzungsabsicht (BGH GRUR 2001, 242 – Classe E) und demzufolge ein vorbeugender Unterlassungsanspruch.

- 3.) Der Zahlungsanspruch hinsichtlich des Ersatzes der Abmahnkosten ist durch die Stellung und den Ausgleich der Rechnung (Anlagen K 8 und K 9) entstanden.

IV.

Der Anspruch besteht jedoch nur in der tenorierten Höhe auf Basis einer 1,3 Gebühr; daher war die Klage im Übrigen abzuweisen.

Der von der Klägerin für die Abmahnung zugrunde gelegte Streitwert begegnet keinen Bedenken; er entspricht der üblicherweise in Markenverletzungsprozessen für durchschnittlich genutzte Marken festgesetzten Höhe.

Die Ansetzung einer 1,5 Gebühr ist nicht sachlich begründbar. Nach Nr. 2300 des Vergütungsverzeichnisses zum RVG ist der Ansatz einer über die Regelgebühr von 1,3 hinaus gehenden Gebühr nur dann gerechtfertigt, wenn die Tätigkeit umfangreich oder schwierig war. Es handelte sich hier um eine durchschnittlich schwierige Markensache, die keine Besonderheiten hinsichtlich Umfang und Schwierigkeit aufweist. Soweit der Kläger darauf hinweist, im Hinblick auf ein mögliches wettbewerbswidriges Verhalten des Beklagten hätte ein „neuer Fall“ eröffnet werden können, was bei der Höhe der Gebühr zu berücksichtigen sei, kann die Kammer dem nicht folgen, da es sich insoweit um einen anderen Gegenstand handelt.

V.

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 92 Abs.1, 269 Abs. 3 S. 2 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit findet ihre Grundlage in §§ 708 Nr. 11, 709, 711 ZPO.

Die Berufung war gem. § 511 Abs. 4 ZPO nicht zuzulassen, da die Sache weder grundsätzliche Bedeutung hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Berufungsgerichts erfordert.

R. [REDACTED]
Vors. Richter am Landgericht

Dr. F. [REDACTED]
Richterin am Landgericht

Dr. H. [REDACTED]
Richter am Landgericht

Frankfurt/Main, 01. März 2010

Ausgefertigt



Kundenbeamter der Geschäftsstelle